



Keine Sanierung auf Kosten der Mieterinnen und Mieter

Fragen an die Fraktionsabgeordneten der Bezirksversammlung Wandsbek zur Einladung am 21.01.2019

1. Die VONOVIA SE hat das Ziel genannt mehr als 7 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter zu erreichen. Das können viele im Stadtteil sich nicht mehr leisten. Was machen Sie dagegen? Wie unterstützen Sie die Mieterinnen und Mieter?
2. Warum steigen die Mieten so schnell in die Höhe, trotz Mietenbremse und Wohnungsneubau? Ist der Drittmix nicht wirksam? Es braucht mindestens 50 % sozialen Wohnungsbau, sagen wir als Initiative.
3. Warum werden Bestandsmieten nicht in Höhe der Inflation von maximal 2 % im Jahr gedeckelt?
4. Warum werden städtische Flächen an Investoren verkauft, anstatt in Erbbaurecht abzugeben? Welche Anzahl wurde bisher in Erbbaurecht verpachtet? Wieviel Sozialwohnungsbau in Erbbaurecht soll auf den ehemaligen Schulflächen am Borcherting und Fritz-Flinte-Ring in Steilshoop vorgenommen werden?
5. Was tun Sie als Politik in 2019, damit die VONOVIA SE in Steilshoop die Sanierungen endlich korrekt in Modernisierung und Instandhaltung auflistet und überprüfbar darstellt? Bisher werden etliche Instandhaltungen als Modernisierungen genannt, weil die Aufstellungen nicht überprüfbar sind wie gesetzlich gefordert. Welche Verdachtsmomente liegen Ihnen als Politik bisher vor?
6. Warum wird von VONOVIA SE die gesetzliche Verpflichtung unterlaufen, die Betriebskosten transparent und korrekt abzurechnen?
7. Warum zahlen die Ämter wie Jobcenter und Grundsicherungsamt weiter Mieterhöhungen ohne Nachzufragen, statt diese Mieterinnen und Mieter als erstes zu den Mietvereinen zu schicken?
8. Werden die VONOVIA-Baustellen auf Einhaltung von Brandschutz und aller Schutzvorschriften für Baustellen von den Behörden überprüft?
9. Warum wurde das Wohnungsbauförderungsgesetz 1990 abgeschafft?

Unsere Forderung an die Politik folgendes umzusetzen:

1. Die Jobcenter und Grundsicherungsämter tragen von sich aus den Jahresbeitrag für die Mietvereine und schicken die Mieterinnen und Mieter bei Mieterhöhungen sogleich zu den Mietvereinen, damit diese überprüfen, welche Erhöhung erlaubt ist und ob diese formal überhaupt richtig gestellt ist. So wird vernünftig mit Steuergeldern umgegangen!
2. Dreimal in der Woche findet eine kostenfreie Mietberatung durch die Bezirksverwaltung in rechtsanwaltlicher Form im Stadtteiltreff und mit Möglichkeiten der Dolmetschung statt, das Bezirksamt stellt ausreichend Personal dazu ein oder beauftragt Dritte damit.